

Lehment, Harmen

Article — Digitized Version

Produktivitätsorientierte Lohnpolitik im Auslegungstreit

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Lehment, Harmen (2000) : Produktivitätsorientierte Lohnpolitik im Auslegungstreit, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 3, pp. 317-329

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/2502>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Produktivitätsorientierte Lohnpolitik im Auslegungsstreit

Von **Harmen Lehment**

In der wirtschaftspolitischen Diskussion besteht breite Übereinstimmung darüber, dass der Produktivitätsfortschritt eine zentrale Orientierungsgröße für die Lohnpolitik darstellt. Auf der anderen Seite ist jedoch zu konstatieren, dass verschiedene Konzepte, die allesamt das Etikett einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik tragen, zu teilweise sehr unterschiedlichen Empfehlungen über den Kurs der Tarifpolitik kommen.¹ In diesem Beitrag wollen wir der Frage nachgehen, woraus diese Unterschiede resultieren und die mit der praktischen Anwendung einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik verbundenen Probleme näher beleuchten.

Löhne, Produktivität und Beschäftigung

Ausgangspunkt der Betrachtung ist der in [1] dargestellte Zusammenhang:

$$[1] \quad \hat{B} = a(\hat{\pi}^* - (\hat{W} - \hat{P}));$$

\hat{B} = Zuwachsrate der Beschäftigung

$\hat{\pi}^*$ = beschäftigungsneutral verteilter Zuwachs der Arbeitsproduktivität

\hat{W} = Lohnzuwachsrate (nominal inklusive Lohnnebenkosten)

\hat{P} = Inflationsrate (Deflator der Nettowertschöpfung)

[1] besagt, dass die Beschäftigung zunimmt, wenn der Anstieg der Reallöhne hinter dem beschäftigungsneutral verteilbaren Produktivitätszuwachs zurückbleibt und vice versa.

Durch Umformen der Gleichung ergibt sich eine Leitlinie für die auf Nominallöhne gerichtete Tarifpolitik:

$$[2] \quad \hat{B} = a[(\hat{\pi}^* + \hat{P}) - \hat{W}];$$

ein Anstieg der Beschäftigung erfordert, dass der Zuwachs der Nominallöhne unter der Summe aus dem beschäftigungsneutral verteilbaren Produktivitätsfortschritt und der Inflationsrate liegt.

Zur Ermittlung des beschäftigungsneutral verteilbaren Produktivitätsfortschritts

Der beschäftigungsneutral verteilbare Produktivitätsanstieg ist nicht identisch mit dem Zuwachs der Durchschnittsproduktivität der Arbeit. Zwei Faktoren können

¹ Vgl. hierzu insbesondere Sachverständigenrat (1998); Flassbeck und Spiecker (1998); Bispinck und Schulzen (1999); Kromphart (1999).

zu Abweichungen dieser beiden Größen führen: Beschäftigungsänderungen und Änderungen der relativen Kapitalkosten (Sachverständigenrat 1998: Anhang E; Siebert 1998: 37 f.).

Beschäftigungsänderungen

Kommt es zu einem Beschäftigungsrückgang, bei dem vor allem die unterdurchschnittlich produktiven Arbeitsplätze abgebaut werden, so steigt die gemessene Durchschnittsproduktivität, auch wenn die Produktivität der einzelnen Beschäftigten unverändert bleibt. Würde die Lohnpolitik den – durch Entlassungen nach oben hin verzerrten – Anstieg der gemessenen Durchschnittsproduktivität zugrunde legen, so würde dies tendenziell zu Reallohnsteigerungen führen, die über den beschäftigungsneutralen Produktivitätsanstieg hinausgehen. Dies hätte weitere negative Beschäftigungseffekte zur Folge.

Änderungen der relativen Kapitalkosten

Steigt die gemessene Durchschnittsproduktivität bei konstanter Beschäftigung, so erhöht sich der Verteilungsspielraum nicht notwendigerweise proportional dazu. Abweichungen ergeben sich dann, wenn die relativen Kapitalkosten zu- oder abnehmen. Erläutern lässt sich dies anhand eines einfachen Beispiels: Im Zusammenhang mit einer technischen Innovation werden im Produktionsprozess zusätzliche Maschinen eingesetzt, wodurch sich die Kapitalkosten um 3 Prozent erhöhen. Bei gegebener Beschäftigung steigen der Output und mithin die durchschnittliche Arbeitsproduktivität um 2 Prozent. Würden in diesem Fall die Löhne im Ausmaß der Arbeitsproduktivität steigen, also um 2 Prozent, so läge die durchschnittliche Zunahme der Arbeits- und Kapitalkosten über dem Zuwachs der Wertschöpfung. Die Unternehmen würden die erforderliche Kapitalverzinsung dann nicht mehr erwirtschaften können und Arbeitsplätze abbauen. Bei einem Anstieg der relativen Kapitalkosten liegt der beschäftigungsneutral verteilbare Produktivitätsfortschritt somit unter dem Anstieg der Durchschnittsproduktivität und vice versa.

Berücksichtigt man die hier genannten Faktoren, so ergibt sich der beschäftigungsneutral verteilbare Produktivitätsfortschritt als

$$[3] \quad \hat{\pi}^* = (\hat{y} - \hat{B}) + h \hat{B} + \hat{q};$$

dabei bezeichnen: $(\hat{y} - \hat{B})$ die Zuwachsrate der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität; $h \hat{B}$ den Effekt von Beschäftigungsänderungen auf die Durchschnittsproduktivität und \hat{q} den Effekt von Änderungen der relativen Kapitalkosten.

Mit Hilfe von [3] lässt sich der beschäftigungsneutral verteilbare Produktivitätsfortschritt für einen zurückliegenden Zeitraum in drei Schritten ermitteln.

Im ersten Schritt ist der Anstieg der Durchschnittsproduktivität zu bestimmen. Die entsprechenden Werte für den zurückliegenden Fünfjahreszeitraum 1995–1999 sind in Tabelle 1 dargestellt. Der durchschnittliche Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) je geleisteter Arbeitsstunde (Stundenproduktivität) lag in

Tabelle 1: Durchschnittlicher Produktivitätszuwachs und beschäftigungsneutral verteilter Produktivitätszuwachs in Deutschland 1995–1999 in Prozent

	Durchschnittlicher Produktivitätszuwachs	Korrekturfaktor für Beschäftigungsänderungen	Korrekturfaktor für Änderungen der relativen Kapitalkosten	Beschäftigungsneutral verteilter Produktivitätszuwachs
Stundenproduktivität	2,3	-0,3	-0,5	1,5
Erwerbstätigenproduktivität	1,7	-0,1	-0,5	1,1

Quelle: Eigene Berechnungen.

diesem Zeitraum bei 2,3 Prozent, der Anstieg des BIP je Erwerbstätigen (Erwerbstätigenproduktivität) bei 1,7 Prozent.²

Im zweiten Schritt ist festzustellen, wie viel von dem ermittelten Produktivitätszuwachs auf Beschäftigungsänderungen zurückgeführt werden kann. Dabei ist zunächst der Wert des Koeffizienten h zu bestimmen. Der Sachverständigenrat (1998) unterstellt eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion, bei der der Koeffizient h der Gewinnquote (ohne kalkulatorische Arbeitsentgelte für Selbständige) entspricht. Als Bezugsgröße für die Gewinnquote verwendet er dabei die Summe aus Nettowertschöpfung und Abschreibungen. Der durchschnittliche Wert der so berechneten Gewinnquote lag im Zeitraum 1995–1999 bei 0,33 Prozent. Bei einem durchschnittlichen Rückgang des Arbeitsvolumens um 0,8 Prozent und der Erwerbstätigenzahl um 0,2 Prozent ergibt sich ein beschäftigungsinduzierter Produktivitätsanstieg um knapp 0,3 bzw. 0,1 Prozent (Tabelle 1).

Im dritten Schritt ist die Änderung der relativen Kapitalkosten zu ermitteln. In umfassendem Sinne verstanden enthalten diese nicht nur die Fremdkapitalkosten, sondern auch die Eigenkapitalkosten. Gesamtwirtschaftlich schlagen sich Änderungen der relativen Kapitalkosten in entsprechenden Änderungen der Gewinnquote nieder. In Phasen einer trendmäßig steigenden Gewinnquote liegt der beschäftigungsneutral verteilbare Produktivitätszuwachs tendenziell unter dem ermittelten Zuwachs der Durchschnittsproduktivität und vice versa (vgl. hierzu auch Sachverständigenrat 1998: 294 ff.). Im Zeitraum 1995–1999 nahm die Gewinnquote mit einer durchschnittlichen Rate von 0,5 Prozent zu; bei der Berechnung des beschäftigungsneutral verteilbaren Produktivitätszuwachses ist somit ein entsprechender Abzug von der ermittelten Durchschnittsproduktivität vorzunehmen (Tabelle 1). Der beschäftigungsneutral verteilbare Produktivitätszuwachs in dem betrachteten Zeitraum lag auf Stundenbasis bei durchschnittlich 1,5 Prozent und auf Erwerbstätigenbasis bei durchschnittlich 1,1 Prozent; diese Werte sind um gut einen halben Prozentpunkt niedriger als der für diesen Zeitraum ermittelten Anstieg der Durchschnittsproduktivität.

² Statt auf das Bruttoinlandsprodukt könnte man als Messgröße für die Produktivität auch das Nettoinlandsprodukt (BIP abzüglich der Abschreibungen) heranziehen. In dem betrachteten Zeitraum war die Zuwachsrate beider Größen in etwa gleich hoch.

Orientierungsgröße für eine produktivitätsbezogene Lohnpolitik ist allerdings nicht die in der Vergangenheit beobachtete Entwicklung, sondern die künftige, für die Laufzeit der Tarifverträge zu erwartende Produktivitätszunahme (Sachverständigenrat 1999: TZ 335). Durch Extrapolation der vergangenen Entwicklung lässt sich der aufgrund des Produktivitätszuwachses gegebene Verteilungsspielraum nicht in jedem Fall zuverlässig abschätzen. So sind beispielsweise Trendbrüche nicht auszuschließen. Auch können statistische Messprobleme zeitweilig zu erheblichen Fehleinschätzungen führen. So lag beispielsweise der zunächst ausgewiesene Anstieg der Durchschnittsproduktivität in den Jahren 1996–1998 um jeweils rund einen Prozentpunkt über der mittlerweile revidierten Rate (Institut der deutschen Wirtschaft 1999).

Systematische Unterschiede in der Einschätzung des lohnpolitischen Verteilungsspielraums ergeben sich dann, wenn der Einfluss von Änderungen der Beschäftigtenzahl und der relativen Kapitalkosten auf den beschäftigungsneutral verteilbaren Produktivitätszuwachs unberücksichtigt bleibt. So wird beispielsweise bei Berechnungen des „neutralen Verteilungsspielraums“ von Seiten des WSI (Bispinck und Schulen 1999) der tatsächliche Produktivitätszuwachs nicht um beschäftigungsbedingte Effekte korrigiert. Offensichtlich bezieht sich die dabei ermittelte Neutralität nicht auf die Beschäftigung, sondern auf die Einkommensverteilung. Steigen die Löhne mit der gleichen Rate wie der gemessene durchschnittliche Produktivitätsfortschritt, so bleibt die Lohnquote definitionsgemäß konstant (van Suntum 1999: 231).³ Verteilungsneutralität ist allerdings ein fragwürdiger Orientierungspunkt für die Tarifpolitik. Im Fall einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion ist Verteilungsneutralität sogar ein völlig sinnleeres Konzept, weil die Lohnquote exogen vorgegeben ist. Empirische Untersuchungen für Deutschland (Lehment 1999) zeigen, dass eine zusätzliche Lohnsteigerung die Lohnquote zwar kurzfristig erhöht; mittelfristig kommt es jedoch zu einem Beschäftigungsabbau, der den zusätzlichen Lohnanstieg voll kompensiert, so dass die Lohnquote nicht zunimmt. Eine aggressive Tarifpolitik führt somit mittelfristig zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, ohne ihr eigentliches Ziel – die Erhöhung der Lohnquote – zu erreichen.

Das Ergebnis dieser Untersuchungen weist auch darauf hin, dass es ein Fehlschluss wäre, den deutlichen Anstieg der Gewinnquote in den vergangenen Jahren einer zurückhaltenden Lohnpolitik zuzuschreiben.⁴ Der trendmäßige An-

³ $\hat{w} = \hat{y} - \hat{B}$ impliziert $(\hat{w} + \hat{B}) - \hat{y} = 0$, wobei die linke Seite dieser Gleichung für die Änderung der Lohnquote steht (\hat{w} bezeichnet den Reallohnzuwachs).

⁴ Eine solche Sichtweise findet sich beispielsweise bei Kromphart (1999), der Lohnzurückhaltung dadurch definiert, dass die Gewinnquote steigt (bzw. die Lohnquote zurückgeht). Beschäftigungspolitisch ist diese Definition allerdings unergiebig, was sich am einfachsten daran zeigt, dass bei einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit konstanten Produktionselastizitäten und mithin konstanter Gewinnquote eine zurückhaltende Lohnpolitik überhaupt nicht möglich wäre. Ebenso verfehlt ist es, aus der Beobachtung einer sinkenden Beschäftigung bei rückläufiger Lohnquote zu schließen, dass der oben postulierte Zusammenhang zwischen Produktivitäts- und Reallohnwachstum nicht besteht. Dies wäre nur dann der Fall, wenn der postulierte Zusammenhang auf den gemessenen durchschnittlichen Produktivitätszuwachs abstellen würde, was er aber ausdrücklich nicht tut; Bezugsgröße ist vielmehr – wie oben betont – der beschäftigungsneutral verteilbare Produktivitätszuwachs.

stieg der Gewinnquote, der seit 1982 zu beobachten ist, hat andere, exogene Ursachen.

Zu nennen ist dabei vor allem die seit Anfang der achtziger Jahre zu beobachtende verstärkte Orientierung der deutschen Unternehmen an Renditezielen: Unternehmensaktivitäten, die früher mit Blick auf Umsatzziele beibehalten wurden, werden zunehmend eingestellt, wenn sie den Renditezielen nicht genügen. Zudem sind die Zielrenditen in den vergangenen Jahren weiter nach oben geschraubt worden. Hierfür lassen sich vor allem drei Faktoren anführen: die Globalisierung der Kapitalmärkte, der Rückzug des Staates aus unternehmerischer Tätigkeit und die Zunahme des unternehmerischen Risikos.

Die verstärkte Globalisierung der Kapitalmärkte hat dazu geführt, dass der internationale Wettbewerb um Risikokapital schärfer geworden ist. Insbesondere die hohen Renditen amerikanischer Unternehmen dienen als Maßstab für die Neuformulierung der Renditeanforderungen deutscher Unternehmen.

Durch eine Reihe von Privatisierungen ehemals staatlicher Unternehmen hat sich der Staat aus unternehmerischer Tätigkeit immer mehr zurückgezogen. Waren für Staatsunternehmen Renditeüberlegungen zweitrangig, weil Verluste gegebenenfalls aus dem Staatshaushalt gedeckt werden konnten, so haben sie für die inzwischen in Aktiengesellschaften umgewandelten Unternehmen vorrangige Bedeutung: Aktivitäten mit unzureichenden Gewinnmargen werden eingestellt, was sich ebenfalls tendenziell in einem Anstieg der volkswirtschaftlichen Gewinnquote niederschlägt.

Seit Anfang der siebziger Jahre hat sich der Strukturwandel intensiviert. Darüber hinaus ist es – anders als noch in den fünfziger und sechziger Jahren – wiederholt zu schweren Rezessionen gekommen. Dies bedeutet, dass sich unternehmerische Risiken erhöht haben⁵ und durch eine höhere Rendite abgegolten werden müssen.

Die Zunahme des unternehmerischen Risikos ist eine Funktion der Flexibilität, mit der Unternehmen auf Rezession und Strukturwandel reagieren können. Ein wichtiger Faktor ist dabei der Kündigungsschutz. Können Unternehmen Mitarbeiter nicht oder nur zu hohen Kosten entlassen, so ist das Verlustrisiko höher als in einem Land mit weniger ausgeprägtem Kündigungsschutz. Dieses größere Risiko schlägt sich in relativ höheren Renditeanforderungen nieder. Die in den vergangenen Jahren gestiegene wirtschaftliche Unsicherheit hat somit das Verlustrisiko der deutschen Unternehmen tendenziell stärker erhöht als das der amerikanischen Unternehmen⁶, und damit auch die Renditeanforderungen in Deutschland stärker zunehmen lassen als in den Vereinigten Staaten. Dies mag mit einer Erklärung dafür sein, dass die Gewinnquote in Deutschland (und anderen

⁵ Hierfür spricht auch der starke Anstieg der Insolvenzzahlen in Deutschland.

⁶ Die amerikanischen Unternehmen sind im Krisenfall durch eine „Entlassungsoption“ abgesichert, die deutsche Unternehmen nicht haben. Eine Verminderung des Verlustrisikos der Unternehmen ließe sich außer durch den Abbau des Kündigungsschutzes auch durch eine stärkere Gewinnabhängigkeit von Lohnzahlungen und die damit verbundene Übernahme von unternehmerischen Risiken durch die Arbeitnehmer erreichen.

kontinentaleuropäischen Staaten mit ähnlich striktem Kündigungsschutz) seit 1982 deutlich stärker gestiegen ist als in den Vereinigten Staaten.⁷

Zur Einschätzung des beschäftigungsneutral verteilbaren Produktivitätsfortschritts ist es wichtig, die künftige trendmäßige Änderung der relativen Kapitalkosten mit ins Kalkül zu ziehen. Der von Gewerkschaftsseite verfolgte produktivitätsorientierte Ansatz trägt der anhaltenden Änderung in der Knappheit des Faktors Risikokapital bislang nicht Rechnung. Steigt die Gewinnquote, so wird hierin üblicherweise ein Überschießen der Gewinnentwicklung gesehen, welches Spielraum für Lohnerhöhungen schafft, die über den Produktivitätsfortschritt hinausgehen. Die Sichtweise, dass Änderungen der Gewinnquote ein temporäres Phänomen sind, ist jedoch nicht zutreffend. So zeigt die Gewinnquote in Deutschland seit 1982 eine lang anhaltende Aufwärtstendenz. Offensichtlich ist die „Vollbeschäftigungsgewinnquote“ keine konstante Größe. In einem von steigenden unternehmerischen Risiken geprägten Umfeld werden Firmen ihre Produktion und Beschäftigung nur aufrechterhalten, wenn sie höhere Gewinnmargen erzielen. Versuchen die Gewerkschaften, die dabei vermeintlich entstehenden „Übergewinne“ durch hohe Tarifabschlüsse wieder zu verringern, so werden die Unternehmen diejenigen Arbeitskräfte abbauen, die den höheren Renditeanforderungen nicht mehr genügen. Der Anstieg der Gewinnmargen geht dann mit einer rückläufigen Beschäftigung einher – so wie es in den neunziger Jahren in Deutschland zu beobachten war.

Die zur Ermittlung des beschäftigungsneutral verteilbaren Produktivitätsfortschritts erforderliche Abschätzung der künftigen Entwicklung der Gewinnquote ist allerdings nicht unproblematisch. Ein in der Vergangenheit steigender Trend der Gewinnquote lässt sich nicht beliebig extrapolieren. Die Gewinnmargen werden nicht unbegrenzt zunehmen. Irgendwann wird ein Niveau erreicht, auf dem ein gestiegenes unternehmerisches Risiko hinreichend abgegolten ist. Wo dieses Niveau liegt, ist allerdings schwer abzuschätzen.

Zur empirischen Überprüfung des Zusammenhangs von Lohn- und Produktivitätsentwicklung

Setzt man [3] in [1] ein, so erhält man

$$[4] \quad \hat{B} = a [((\hat{y} - \hat{B}) + h \hat{B} + \hat{q}) - (\hat{W} - \hat{P})].$$

Bei der empirischen Schätzung dieser Gleichung ergibt sich das Problem, dass die Beschäftigung nicht nur auf der linken, sondern auch auf der rechten Seite der

⁷ Vgl. Blanchard (1997); Berthold et al. (1998). Caballero und Hammour (1997) sehen einen Grund für die unterschiedliche Entwicklung der Lohnquote darin, dass in Deutschland und anderen kontinentaleuropäischen Staaten Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre eine aggressive Lohnpolitik betrieben wurde. Diese habe in den betroffenen Staaten zur Entwicklung von Produktionsverfahren geführt, die mit relativ weniger Arbeitskräften auskommen und langfristig dämpfend auf die Lohnquote wirken.

Gleichung auftritt. Löst man [4] vollständig nach \hat{B} auf, so erhält man die Beziehung

$$[5] \quad \hat{B} = b (\hat{q} + (\hat{Y} - \hat{W})),$$

$$\text{mit } \hat{Y} = \hat{y} + \hat{P}$$

und

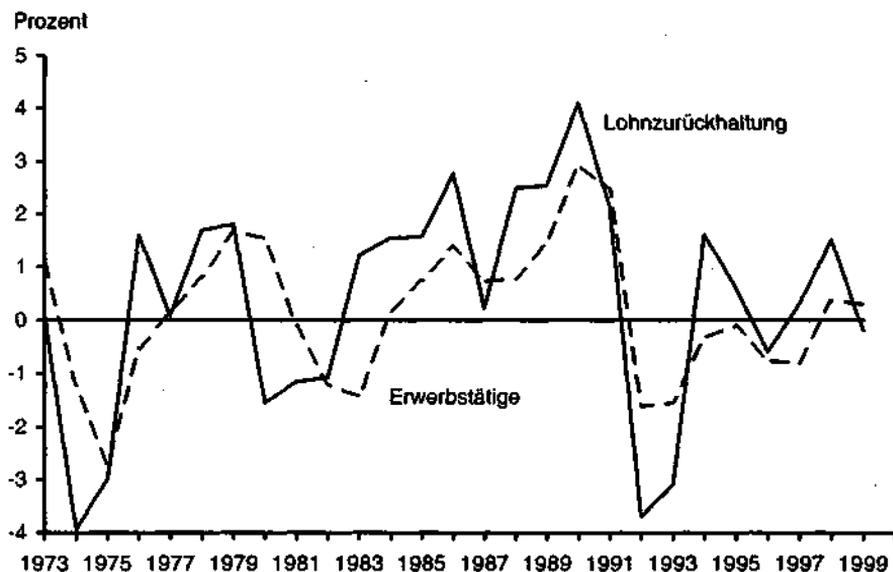
$$b = \frac{a}{1 + a(1 - h)}.$$

Bei unveränderten relativen Kapitalkosten ($\hat{q} = 0$) steigt die Beschäftigung, wenn die Nominallohnzuwachsrate unter der Anstiegsrate der nominalen Wertschöpfung \hat{Y} liegt. Bei einer exogenen Zunahme der relativen Kapitalkosten steigt die Beschäftigung, wenn die Nominallohnrückhaltung ($\hat{Y} - \hat{W}$) vom Betrag her größer ist als der trendmäßige Rückgang der Lohnquote.

Der in [5] postulierte Zusammenhang lässt sich empirisch gut nachweisen. So zeigt sich in Deutschland ein markanter Zusammenhang zwischen dem Grad der Nominallohnrückhaltung und der Änderung der Erwerbstätigenzahl (Schaubild 1).

Eine Regressionsschätzung für den Zeitraum 1969–1999 bestätigt diesen Eindruck (Tabelle 2). Danach hat Lohnzurückhaltung einen signifikanten, zeitlich

Schaubild 1: Lohnzurückhaltung und Beschäftigung



Lohnzurückhaltung: Differenz der Zuwachsrate des Nettoinlandsprodukts und der Zuwachsrate der Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten in Prozent (bis 1991 altes Bundesgebiet).
Erwerbstätige: Änderung der Erwerbstätigenzahl in Prozent.

Tabelle 2: Schätzgleichung zum Zusammenhang zwischen Lohnzurückhaltung und Beschäftigung in Deutschland 1969–1999

$$\begin{aligned}
 DE &= 0,6 + 0,36 LZ + 0,46 LZ (-1) + 0,14 LZ (-2) + 0,07 LZ (-3) \\
 &\quad (5,48) \quad (7,07) \quad (9,29) \quad (3,17) \quad (2,10) \\
 &- 1,22 DUM 8299 - 1,40 DUM 92 + 1,27 DUM 93 + 1,47 DUM 94 \\
 &\quad (7,15) \quad (2,80) \quad (2,55) \quad (3,10)
 \end{aligned}$$

S.E. = 0,38; D.W. = 1,98; $\bar{R}^2 = 0,91$;

DE = Zuwachsrate Erwerbstätige;

LZ = Lohnzurückhaltung;

DUM 8299 = Dummyvariable für die Jahre 1982–1999;

DUM 92, DUM 93, DUM 94 = Dummyvariable für die Jahre 1992, 1993, 1994;

S.E. = Standardfehler der Regression;

D.W. = Durbin-Watson-Wert;

\bar{R}^2 = korrigiertes Bestimmtheitsmaß;

t-Testwerte in Klammern.

Quelle: Eigene Berechnungen.

verzögerten Effekt auf die Zuwachsrate der Erwerbstätigenzahl. Die Summe der Koeffizienten für die Lohnzurückhaltung – berücksichtigt werden Verzögerungen bis zu drei Jahren – liegt in allen Gleichungen in der Nähe von eins. Dies entspricht dem Wert früherer Schätzungen für Westdeutschland (Lapp und Lehment 1999) und lässt sich so interpretieren, dass eine Lohnzurückhaltung von einem Prozentpunkt die Beschäftigung auf Sicht von drei Jahren um ungefähr 1 Prozent erhöht.

Die Regression zeigt auch, dass sich die von dem Grad der Lohnzurückhaltung unabhängigen trendmäßigen Einflüsse auf die Beschäftigung ab 1982 erheblich geändert haben. Stieg die Zahl der Erwerbstätigen zuvor gemäß der Konstanten trendmäßig um 0,6 Prozent pro Jahr, so zeigt sich in den Jahren 1982–1999 ein trendmäßiger Rückgang von jährlich rund 0,6 Prozent⁸, der auf den oben genannten Anstieg der Renditeanforderungen zurückgeführt werden kann⁹.

Wirtschaftspolitische Interpretation

Der hier dargestellte Zusammenhang lässt sich wirtschaftspolitisch so interpretieren, dass eine Tariflohnpolitik, die für einen Anstieg der Beschäftigung sorgen will, bestrebt sein muss, den Lohnanstieg unter der beschäftigungsneutralen Rate zu halten, die sich aus der Summe der Zuwachsrate des nominalen Nettoinlandsproduktes und der trendmäßigen Änderung der Lohnquote ergibt.¹⁰

⁸ Entsprechend der Summe der Konstante und der Dummyvariablen.

⁹ In die Regressionsschätzungen wurden darüber hinaus Dummyvariablen für die Jahre 1992, 1993 und 1994 aufgenommen, um Übergangseffekte im Zuge der Deutschen Einheit zu erfassen.

¹⁰ Entsprechend [5] gilt $\hat{B} = b [(\hat{Y} + \hat{q}) - \hat{W}]$.

Durch Erweiterung von [5] lässt sich dieser Zusammenhang in eine Relation zur Produktivitätsentwicklung bringen:

$$[6] \quad \hat{B} = b [((\hat{y} - \hat{B}) + h \hat{B} + \hat{q}) + (\hat{Y} - (\hat{y} - \hat{B}) - h \hat{B}) - \hat{W}].$$

Der erste Klammerausdruck bezeichnet den beschäftigungsneutral verteilbaren Produktivitätsfortschritt. Der zweite Klammerausdruck lässt sich interpretieren als beschäftigungsneutrale Inflationsrate: Bei konstanter Beschäftigung ist \hat{B} gleich null und die verbleibende Differenz zwischen der Zuwachsrate des nominalen und des realen Inlandsprodukts entspricht der Inflationsrate.

Die Orientierungsmarke für eine auf Beschäftigungssteigerung gerichtete Tarifpolitik kann also auch so gefasst werden, dass der Lohnzuwachs hinter der Summe aus dem beschäftigungsneutral verteilbaren Produktivitätsanstieg und der beschäftigungsneutralen Inflationsrate zurückbleiben muss.

Die beschäftigungsneutrale Inflationsrate ist nicht identisch mit der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank. So bezieht sich Letztere auf den harmonisierten Verbraucherpreisindex, während die beschäftigungsneutrale Rate auf den Preisindex der Nettowertschöpfung abstellt. Darüber hinaus gibt die Europäische Zentralbank eine Zielrate für den Durchschnitt der gesamten Eurozone vor. Die beschäftigungsneutrale Inflationsrate kann jedoch von Mitgliedsland zu Mitgliedsland unterschiedlich sein. So ist es vorstellbar, dass der Preisindex für die erstellte Wertschöpfung in einem Land mit relativ großem Industrie-sektor und hohem Produktivitätsfortschritt bei gegebener Beschäftigung weniger stark steigt als in einem Land mit relativ großem Dienstleistungssektor und niedrigem Produktivitätsfortschritt. Es ist also nicht angebracht, bei Empfehlungen für die Lohnpolitik auf europäischer Ebene zwar national unterschiedliche Produktivitätssteigerungen zu berücksichtigen, beim Preisausgleich jedoch die Zielinflationsrate für die gesamte Eurozone zugrunde zu legen.¹¹

Löhne und Nachfrage

Die hier durchgeführte Untersuchung hat gezeigt, dass ein geringerer Nominallohnanstieg bei gegebener Zuwachsrate der nominalen Wertschöpfung zu mehr Beschäftigung führt. In der wirtschaftspolitischen Diskussion wird allerdings vorgebracht, dass ein niedrigerer Nominallohnanstieg die gesamtwirtschaftliche Nachfrage vermindern würde, und zwar so stark, dass die Beschäftigung insgesamt nicht steigen würde, sondern zurückgehen könnte.

Vertreter dieser Auffassung wie Flassbeck und Spiecker (1998) und Kromphart (Sachverständigenrat 1999: 177 ff.) argumentieren dabei wie folgt. Steigen die Löhne weniger stark als die Durchschnittsproduktivität, so geht die Lohnquote zurück und die Nachfrage nach Konsumgütern nimmt nicht im Ausmaß des Produktivitätsanstiegs zu. Ob auf der anderen Seite die gestiegene Gewinnquote und die verbesserte internationale Wettbewerbssituation der heimischen Unterneh-

¹¹ Eine solche Empfehlung findet sich beispielsweise in dem Sondervotum des DIW in der Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 1997 (Arbeitsgemeinschaft 1997).

men zu mehr Investitionen und Exporten führen würde, sei fraglich. Per saldo bestehe somit die Gefahr eines Rückgangs der Beschäftigung.

Die dieser Argumentation zugrunde liegende Hypothese, dass ein Rückgang der Lohnquote mit einer Nachfrageschwäche und einem Beschäftigungsrückgang verbunden sei, lässt sich für Deutschland jedoch empirisch nicht bestätigen; so ging der deutliche Rückgang der Lohnquote in den fünfziger Jahren und in den achtziger Jahren jeweils mit einem markanten Anstieg von gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und Beschäftigung einher. Auch bei einer monetär ausgerichteten Betrachtung (Flassbeck und Spiecker 1998) lässt sich die These, dass ein geringerer Nominallohnanstieg zu weniger Nachfrage und Beschäftigung führt, nicht bestätigen. Denn gemäß [5] hätte eine geringere Nominallohnsteigerung nur dann einen negativen Effekt auf die Beschäftigung, wenn sie zu einem Rückgang der Geldumlaufgeschwindigkeit führen würde, durch welchen \dot{Y} stärker abnimmt als \dot{M} . Dies ist aber nicht der Fall, wie empirische Untersuchungen für Deutschland zeigen (Lehment 1999: 83 f.). Eine Verminderung der Nominallohnzuwachsrate hat nur einen vorübergehenden und vergleichsweise schwachen Einfluss auf die Zuwachsrate des nominalen Inlandsproduktes; diese wurde in der Vergangenheit maßgeblich von der Geldpolitik der Deutschen Bundesbank bestimmt.

Implikationen für die Tariflohnpolitik

Nach dem Übergang zur Europäischen Währungsunion müssen sich die Tarifpartner bei der Einschätzung der Entwicklung des nominalen Inlandsproduktes und des daraus ableitbaren beschäftigungsneutralen Preisanstiegs an der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank orientieren. Bei dem derzeitigen Referenzwert für die Geldmenge M3 von 4,5 Prozent und einem trendmäßigen Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit von 0,5 bis 1 Prozent ergibt sich eine mittelfristig angestrebte Expansion des nominalen BIP im Euro-Währungsgebiet um knapp 4 Prozent. Wie viel davon auf die einzelnen Mitgliedsländer entfällt, lässt sich dabei nicht eindeutig sagen. Der Anstieg des nominalen BIP in Deutschland dürfte nach allgemeiner Auffassung etwas unter dem Durchschnitt der Eurozone liegen. Boss et al. (2000) veranschlagen ihn in 2000/2001 mit rund 3,5 Prozent; der Anstieg des nominalen Nettoinlandsproduktes dürfte ähnlich hoch ausfallen. Bei einem geschätzten Anstieg der beschäftigungsneutralen Arbeitsproduktivität um rund 2 Prozent ergibt sich für Deutschland somit ein beschäftigungsneutraler Anstieg des Preisniveaus in der Größenordnung von 1,5 Prozent. Veranschlagt man den trendmäßigen Rückgang der Lohnquote weiterhin mit etwas über 0,5 Prozent, so liegt der beschäftigungsneutrale Nominallohnanstieg gemäß [6] bei etwas unter 3 Prozent. Soll die Beschäftigung zunehmen, so muss der Lohnanstieg (unter Einschluss der Lohnzusatzkosten) entsprechend unter dieser Marke liegen. Um beispielsweise mittelfristig einen Beschäftigungsanstieg von 1 Prozent zu erreichen, müsste der Lohnanstieg (angesichts eines Schätzwertes für b von rund 1) etwas unter 2 Prozent liegen. Die hier kalkulierte Lohnsteigerung ist dabei als durchschnittliche Effektivlohnerhöhung zu verstehen, nicht als einheitliche Tariflohnerhöhung. Bei undifferenzierten Tarifab-

schlüssen besteht die Tendenz zu einer Lohndrift, die dazu führt, dass die Effektivlöhne stärker zunehmen als die Tariflöhne (Lehment 1991: 80). Für die Tarifparteien bedeutet dies, dass die Tarifabschlüsse entweder deutlich differenziert werden müssen oder dass sie hinreichend weit unter der Zielmarke für die Effektivlohnerhöhung liegen müssen, damit die erforderliche Differenzierung durch die Lohndrift erfolgen kann, ohne dass der angestrebte durchschnittliche Effektivlohnzuwachs überschritten wird.

Nach vorliegenden Prognosen (Boss et al. 2000) dürfte der Anstieg der Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten in 2000 und 2001 jeweils leicht unter 2 Prozent liegen. Gemäß der oben dargestellten Kalkulation impliziert dies einen positiven Beschäftigungsimpuls in der Größenordnung von jeweils etwa einem Prozentpunkt, so dass mittelfristig mit einem entsprechenden Zuwachs an Arbeitsplätzen zu rechnen ist.

Zusammenfassung

Das hier in Anlehnung an den Sachverständigenrat (1998) dargestellte Konzept einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik unterscheidet sich in drei Punkten von dem produktivitätsbezogenen Konzept, welches in der Vergangenheit von Gewerkschaften (Bispinck und Schulten 1999) und von keynesianisch orientierten Ökonomen (Flassbeck und Spiecker 1998; Kromphart 1999) vertreten wurde:

- Die relevante Größe für den Produktivitätsanstieg ist nicht der gemessene Produktivitätszuwachs, sondern der beschäftigungsneutral verteilbare Produktivitätszuwachs;
- die relevante Größe für den Preisausgleich im Rahmen der Lohnpolitik in den einzelnen EWU-Staaten ist nicht die Zielrate für den Anstieg des harmonisierten Verbraucherpreisindex im gesamten EU-Raum, sondern der beschäftigungsneutrale Anstieg des Deflators der Nettowertschöpfung eines betrachteten Mitgliedslandes;
- bei Unterbeschäftigung muss die Lohnpolitik bestrebt sein, den durch die Summe aus Produktivitätsfortschritt und Preisausgleich gegebenen Spielraum nicht voll auszuschöpfen.

Die Befürchtung, dass Lohnsteigerungen unterhalb des Produktivitätszuwachses zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und damit auch der Beschäftigung führen könnten, ist aus empirischer Sicht nicht begründet. Die These, dass es bei sinkender Lohnquote wegen einer dann auftretenden Abschwächung der Konsumnachfrage zu einem Beschäftigungsabbau kommt, lässt sich ebenso wenig bestätigen wie die These, dass niedrigere Nominallohnsteigerungen in Deutschland zu einer anhaltenden Verminderung der Geldumlaufgeschwindigkeit und einer damit verbundenen Nachfrageeinbuße führen.

Summary

In Germany there has been a debate about the interpretation of a productivity-oriented wage policy. While trade unions and Keynesian economists have taken

the position that wages should rise in line with the measured increase in actual labour productivity, the German Council of Economic Experts (Sachverständigenrat) has argued that the relevant benchmark is the employment-neutral increase in labour productivity and that wage increases have to stay below this benchmark in phases when unemployment is to be reduced. In this paper we also show that appropriate price variable in the wage equation for the countries of the EURO-area is not the target rate for the increase of the Harmonized Consumer Price Index in the EMU but the employment-neutral increase of the GDP-deflator of the respective EMU-member country.

There is no empirical evidence that wage increases below the growth rate of average productivity will lead to a fall in aggregate demand and employment, as is feared by Keynesian economists. The hypothesis that a falling wage share will have negative employment effects due to a weaker consumption demand is not confirmed by the German experience; nor is the hypothesis, that lower nominal wage increases will cause a sustained reduction in the velocity of money and aggregate spending.

Literaturverzeichnis

- Arbeitsgemeinschaft (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V.) (1997). Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1997. 25. Oktober. Hamburg.
- Bispinck, R., und T. Schulten (1999). Tarifpolitik und Bündnis für Arbeit. *WSI-Mitteilungen* 52 (12): 870–884.
- Berthold, N., R. Fehn und E. Thode (1998). Fallende Lohnquote und steigende Arbeitslosigkeit: Ist das „Ende der Bescheidenheit“ die Lösung? *Wirtschaftsdienst* 78 (12): 736–742.
- Blanchard, O. J. (1997). The Medium Run. *Brookings Papers of Economic Activity* (2): 89–158.
- Boss, A., et al. (2000). Produktionsanstieg in Deutschland überschreitet Höhepunkt, aber Kapazitätsauslastung nimmt noch zu. *Die Weltwirtschaft* (2): 159–170.
- Caballero, R. J., und M. L. Hanmmour (1997). Jobless Growth: Appropriability, Factor Substitution, and Unemployment. NBER Working Paper 6221. National Bureau of Economic Research, Cambridge, Mass.
- Flassbeck, H., und F. Spiecker (1998). *Löhne und Arbeitslosigkeit: warum die gängigen Rezepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht greifen*. Reihe Wirtschaftspolitische Diskurse 118. Friedrich Ebert Stiftung, Bonn.
- Institut der deutschen Wirtschaft (1999). Effekte der VGR-Revision auf die funktionale Einkommensverteilung. *IW-Trends* (4).
- Kromphart, J. (1999). Lohnsenkungswettbewerb in der EWU – Deflationsgefahr oder Beschäftigungsimpuls? *Wirtschaftsdienst* 79 (2): 85–89.
- Lapp, S., und H. Lehment (1997). Lohnzurückhaltung und Beschäftigung in Deutschland und in den Vereinigten Staaten. *Die Weltwirtschaft* (1): 67–83.
- Lehment, H. (1991). Lohnzurückhaltung, Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigung. Eine empirische Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland 1973–1990. *Die Weltwirtschaft* (2): 72–85.
- (1999). Zur Bestimmung des beschäftigungsneutralen Lohnerhöhungsspielraums. *Die Weltwirtschaft* (1): 79–89.

- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (1998). *Vor weitreichenden Entscheidungen. Jahresgutachten 1998/1999*. Stuttgart.
- (1999). *Wirtschaftspolitik unter Reformdruck. Jahresgutachten 1999/2000*. Stuttgart.
- Siebert, H. (1998). *Arbeitslos ohne Ende? Strategien für mehr Beschäftigung*. Wiesbaden.
- van Suntum, U. (1999). Gibt es eine Formel für den richtigen Lohn? In E. Lübke und H. Grosse-kettler (Hrsg.), *Beiträge zur Finanz- und Wirtschaftspolitik. Festschrift für Ingolf Metze zum 65. Geburtstag*. Berlin.